

Die Regierungserklärung des Helldt-Kabinetts

erfolgt erst heute — ist aber bereits veröffentlicht!

Am Dienstag wird im Landtag von Ministerpräsident Helldt die Regierungserklärung verlesen werden. Eigentlich sind die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ schon jetzt in der Lage, eine Art Auszug aus der Erklärung zu veröffentlichen. Anschelmend ist das durch Mitteilungen eines der neuen Minister möglich geworden. — Wir geben im folgenden den Wortlaut, wie er in dem Chemnitzer Blatt zu finden ist wieder:

den könnten, würde auch auf diesem Gebiete vorwärtsstrebende Arbeit geleistet werden. So werde die Unterbringung der Staatsammlungen einer abschließenden Regelung zugeführt werden.

Im allgemeinen werde die Regierung den Kurs der bisherigen Regierung weiter verfolgen. Sie sei sich dabei dessen voll bewusst, daß sie auf die Unterstützung von Parteien angewiesen sei, die nicht in der Regierung sitzen, die aber zum Teil bereits gegenüber der früheren Regierung bewiesen hätten, daß sie mit Richtung und Zielen der Regierungspolitik im großen und ganzen einverstanden seien.

Zugeständnisse der SPD. an die Nationalsozialisten?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: Im Verlauf einer Auseinandersetzung mit den „Dresdener Nachrichten“ hat der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hellmut v. Müde diesem Blatte eine Zuschrift überhandt, worin folgender ausföhrlicher Satz vorkommt: „Für den Fall des Zustandekommens einer Fleißner-Regierung, auch ohne daß die Nationalsozialisten für diese aktiv gestimmt hätten, waren Zusicherungen gegeben worden, die Redefreiheit Hitlers betreffend, welche die Nationalsozialisten durchaus befreit haben könnten.“ Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, so kann dieser Satz nur das eine bedeuten, daß die Linksozialisten sogar bereit gewesen wären, das Redeverbot für Hitler in Sachsen aufzuheben, wenn die Nationalsozialisten die Wahl Fleißners ermöglicht hätten. Hieraus ergibt sich, welche unglaublichen Anstrengungen die Linksozialisten gemacht haben, um nur zur Macht zu gelangen. Auch den Aufwertlern gegenüber waren die Linksozialisten, wie ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ am Dienstag, am Tage der Ministerpräsidentenwahl, beweist, zu weitgehendem Entgegenkommen bereit, wenn sie die Aufwertung für Herrn Fleißner hätten gewinnen können. Aus dem Ganzen ergibt sich, wie groß die Gefahr tatsächlich gewesen ist, wenn Sachsen wieder mit einem linkssozialistisch-kommunistischen Kabinett unter Fleißners Führung beglückt worden wäre.

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsens seien vor drei Jahren im Augenblick der Amtübernahme des ersten Kabinetts Helldt sehr trübe gewesen, und es sei dessen dauerndes Bestreben gewesen, die wirtschaftliche Lage des Landes und vor allem der notleidenden Massen soweit als möglich zu heben. An diesem Bestreben solle auch in Zukunft festgehalten werden. Die Staatsform könne heute als durchgesehigt angesehen werden; dagegen lege die wirtschaftliche Situation, wie es ja bei einem so stark industriellen Lande wie Sachsen nicht verwunderlich ist, immer so traurig, daß ihrer Besserung alle Kräfte dienstbar gemacht werden müßten.

Beim Amtsantritt Helldts als Ministerpräsident der Großen Koalition hätten noch

„Scharfe Spannungen zwischen Reich und Sachsen bestanden. Diese Differenzen seien heute erfreulicherweise überwunden. Größte Aufmerksamkeit erforderten allerdings die finanziellen Beziehungen Sachsens zum Reiche, welche der Finanzgleich regelt. Hier müsse dafür gesorgt werden, daß Sachsen die Möglichkeit seiner Eigenentwicklung sich erhalte, und daß vor allem eine tragbare Verteilung der aus der Arbeitslosenunterstützung erwachsenden Kosten erfolge.

Was

die Wohnungsfrage anlange, so würden demnächst Veröffentlichungen über den Umfang der sächsischen Wohnungsnot bekanntgegeben und in Zukunft gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, sie in jeder Weise zu lindern. Die Regierung werde u. a. die Vorbehalte zum sächsischen Baugesetz wieder einbringen. Die Aufwertungsfragen müßten endlich zu gesetzgeberischer Verurteilung gelangen. Allerdings dürfte es nicht unterlassen werden, im Rahmen der vorhandenen Aufwertungsgehalte den Aufwertungsberechtigten weitere Erleichterungen zu verschaffen. Soweit Mittel für kulturelle Belange flüssig gemacht wer-

Schaffung von Sozial-Attachés.

Eine Anregung im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab gestern gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums der Berichterstatter Abg. Koch (Soz.) eine interessante Uebersicht über die zahlreichen sozialpolitischen Gesetze, die sich zurzeit in Vorbereitung befinden.

Abg. Erasing (Zentr.) regte die Ernennung von Sozial-Attachés an, die in großen Industrieländern den deutschen Gesandtschaften zugeteilt werden sollen. Es wäre eine dankenswerte und für Deutschland sehr nützliche Aufgabe, die Sozialgesetzgebung der großen Industrieländer zu verfolgen. Ebenso wichtig sei die Beobachtung der Vorgänge der Arbeiterbewegung der anderen Länder. Von besonderer Bedeutung aber sei die Kontrolle darüber, ob und wie weit eigentlich in den übrigen großen Industrieländern die internationalen Uebereinkommen in der sozialen Gesetzgebung und in der praktischen Anwendung zur Auswirkung kommen. Wenn z. B. bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit Deutschland einem internationalen Abkommen beitrete, so werde man sicherlich in Deutschland kaum irgendeine Ausnahmebestimmung durchlassen. Aber es bringe Deutschland ins Hintertreffen, wenn andere Länder die Umgehung des Abkommens durch gesetzliche Lücken und Hintertüren vielleicht ermöglichen.

Staatssekretär Dr. Weib wies darauf hin, daß jetzt Arbeit mannigfacher Art in ungeahntem Umfang an das Reichsarbeitsministerium herangetreten sei. Nach dem starken Personalabbau würden deshalb die dem Ministerium verbliebenen Kräfte in einer Weise in Anspruch genommen, die man geradezu als Raubbau bezeichnen müsse.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte die Anregung, Sozial-Attachés zu ernennen. Es sei bisher nicht zu erreichen gewesen, die soziale Gesetzgebung in den übrigen großen Industrieländern ständig zu verfolgen. Die gegenwärtig bei den deutschen Missionen vorhandenen Herren seien mit anderen Aufgaben reichlich beschäftigt, andererseits seien es naturgemäß Herren der hohen Diplomatie, die den Fragen des Arbeitswohls, der Arbeitslosenfürsorge und den Lohnproblemen mehr oder weniger fernstehen. Für solche Sozial-Attachés kämen bis jetzt nur die wichtigsten fünf bis sechs Industrieländer in Frage. Die Auswahl dieser Kräfte müßte natürlich durch das Reichsarbeitsministerium erfolgen.

Protest der Deutsch-Amerikaner gegen die neuen Einwanderungsquoten

New York, 17. Januar. Eine Versammlung von Vertretern der deutschen Vereine New Yorks beschloß die Einberufung einer Massenversammlung für die erste Februarwoche, um gemeinsam mit den Skandinavieren gegen die neuen Einwanderungsquoten, die auf Grund unzulänglichen Quellenmaterials berechnet worden seien zu protestieren. Ferner soll auf dieser Protestversammlung die Entsendung von 80 Delegierten nach Washington beschlossen werden, die bei den Senatverhandlungen den Standpunkt der Amerikaner deutscher Abstammung wahrer sollen.

gen modernen politischen Geschichte beitragen möchten. Bei dem nachfolgenden Diner hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache, in der er die außerordentlichen Verdienste des Besizers würdigte und die Hoffnung ausdrückte, daß dem Beispiel des deutschen Volkes in der übrigen Welt nicht nur Anerkennung gezollt, sondern nachgeahmt wird.

Die Pariser Verhandlungen über die Restpunkte.

Paris, 17. Jan. Nachdem das Militärkomitee die deutschen Vorschläge geprüft hatte, fand zwischen den deutschen Vertretern und General Barabier eine neue Besprechung statt, in der General von Pawelsh die erbetenen Aufklärungen über die deutschen Vorschläge gab. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und nehmen einen normalen Verlauf.

Nachspiel zum Tschekaprozeß.

Leipzig, 17. Jan. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Helldt wurde in mehrtägiger Verhandlung der Tschekaprozeß noch einmal aufgerollt. Der Metallarbeiter Otto Klemm aus Berlin, Mariendorf stand unter Anklage, als Kurierleiter der RPD. der Mittelsmann zwischen Felix Neumann und dem Russen Skoblenok gewesen zu sein und sich auch der Beihilfe an der Ermordung des Friseurs Kausch schuldig gemacht zu haben. Klemm war seinerzeit nach Rußland geflüchtet. Am 17. Oktober 1926 kam er nach Deutschland zurück und wurde schon zwei Tage darauf verhaftet. Zu der Verhandlung waren eine Reihe von Beurteilten aus dem Tschekaprozeß geladen, u. a. Felix Neumann, Böge, Meus, Huse und Wöhner. Neumann sagte aus, daß Klemm lediglich als Briefbote in der M.-Leitung beschäftigt gewesen sei, aber mit der Ermordung Kauschs nichts zu tun gehabt habe. Die anderen Zeugen bestätigten dies. Der Reichsanwalt beantragte eine Festungshaft von zwei Jahren sechs Monaten. Das Gericht verurteilte Klemm wegen Vergehens gegen § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik und Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren neun Monaten Festungshaft und 300 Mark Geldstrafe. Drei Monate der Freiheitsstrafe und die Geldstrafe wurden angerechnet. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Klemm Kurierleiter und Verbindungsmann zwischen der Parteileitung und dem Russen Skoblenok war, so daß ein besonders schwerer Fall angenommen werden müsse.

Zum Konflikt in der rheinischen Industrie.

Wormen, 17. Jan. In dem Konflikt der rheinischen Textilindustrie hat der Arbeitgeberverband an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß die in vier Betrieben erfolgte Kündigung seitens der Arbeiterchaft eine Kampfmaßnahme darstelle, die sich mit dem noch nicht beendeten Schlichtungsverfahren nicht vereinbaren lasse. Der Arbeitgeberverband erklärt gleichzeitig, daß die Arbeitnehmerorganisationen für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden würden, und außerdem, daß den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes die Aussperrung der Arbeitnehmer in sämtlichen Betrieben der rheinischen Textilindustrie vorgeschlagen werden soll, wenn bis zum 19. d. M. die Kündigungen nicht zurückgenommen werden.

Dr. Egener über das neue Luftschiff.

Hamburg, 17. Jan. Dr. Egener, der sich zurzeit in Hamburg aufhält, gewährte einem Hamburger Pressevertreter eine Unterredung, in deren Verlauf er ausführte, das neue Versuchsschiff, das um die Hälfte größer als „Los Angeles“ sein wird, werde zunächst mehrere Probe- und Propagandafahrten unternehmen. Das Schiff wird eine dieser Reisen die geplante Nordpolfahrt sein, für die als Startplatz Saparanda in Frage komme. Man hoffe, mit den großen Probefahrten im Herbst 1928 beginnen zu können. Eine Fahrt soll ohne Zwischenlandung bis nach Brasilien führen.

Vor erheblichen Mietpreissteigerungen in Preußen?

Das „Berliner Tageblatt“ will erfahren haben, daß vom Preussischen Wohnsachministerium beabsichtigt sei, mit dem 1. April 1927 eine erhebliche Steigerung der Mietpreise für Wohnungen eintreten zu lassen. Die Erhöhungen schwanken zwischen 10 und 20 Prozent.

Der englische Schatzkanzler beim italienischen Finanzminister

Rom, 17. Jan. Der englische Schatzkanzler Churchill besuchte heute den italienischen Finanzminister, Grafen Volpi. Die beiden Minister, die seinerzeit gemeinsam in London die englisch-italienischen Kriegsschulden regelten, hatten eine 1/4stündige freundschaftliche Unterredung über allgemeine Fragen.

Zu den Unruhen in Mexiko.

New York, 17. Jan. Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, hat das Kriegsministerium die Absendung von Truppenverstärkungen nach dem Staate Jalisco angeordnet, nachdem Meldungen eingetroffen seien, daß der „katholische Aufstand“ dort einen ernstlichen Umfang angenommen habe. Es wird behauptet, der Erzbischof Jimenez von Guadalupe stehe persönlich an der Spitze einer aus 500 Mann bestehenden Abteilung von Aufständischen.

New York, 17. Jan. Der Präsident von Nicaragua, Diaz, teilte dem Vertreter der „Associated Press“ in Managua mit, er könne das kürzliche Vermittlungsangebot des Präsidenten von Costa Rica nicht annehmen.

Wechsel in der Landeskommandantenstelle.

Dresden, 17. Jan. Mit dem 1. Februar d. J. scheidet Oberst Ritt, Landeskommandant von Sachsen, aus der Reichswehr aus. Als Landeskommandant von Sachsen ist, wie verlautet, Oberst Fischer in Aussicht genommen, doch bedarf seine Ernennung zum Landeskommandanten noch der Zustimmung der sächsischen Regierung.

Löbe für deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung.

Warschau, 17. Jan. Reichstagspräsident Löbe, der am Sonntag an der Feier des fünfsten Jahrestages der Gründung der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei Polens in Lodz teilnahm, betonte die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen, die auch zu einem besseren politischen Verhältnis führen werde. Zur Korridorfrage erklärte er, daß sie nur auf dem Wege friedlicher Verständigung gelöst werden dürfe.

Auf Einladung des Abg. Diamand wird Reichstagspräsident Löbe heute auch nach Warschau kommen. In hiesigen wirtschaftlichen Kreisen hofft man, daß die Besprechungen Löbes mit den leitenden politischen Persönlichkeiten zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau führen werden.

Berliner Börse vom 17. Januar.

Tendenz: fest.

Der erste Börsentag der neuen Woche brachte bei Eröffnung des Geschäfts eine Kaufbewegung auf verschiedenen Gebieten des Aktienmarktes, die etwas unerwartet kam. Die enorme Goldüberfülle hielt zwar an, doch glaubte man, daß die Hinweise auf die vielfach übertriebene Kursgestaltung zunächst eine ruhigere Weiterentwicklung herbeiführen werde. Die Spekulation schloß aber aus den sehr günstigen Meldungen über die Befestigung der Westdeutschen Eisenwerke und aus der flüssigen Bilanz der Krupp-W.G. eine Anregung zu lebhaften Käufen in Montanaktien. Gleichzeitig blieben Kalkwerte bei sprunghaft erhöhten Kursen gefragt. Elektrowerte standen diesen beiden Aktiengruppen an Festigkeit nicht nach. Das Interesse der Spekulation wandte sich außerdem einer größeren Anzahl von Spezialpapieren zu, bis schließlich die Gesamtstimmung unter dem Eindruck dieser Sonderbewegungen bemerkenswert fest wurde. Kurssteigerungen vor 5 bis 7 Prozent waren mehrfach zu verzeichnen, im Durchschnitt konnte sich das Niveau der Terminkontrakte und der variablen Papiere um 1 bis 2 Prozent heben. Die Prämienrückstellungen nahmen einen glatten Verlauf. Angebot vor Prämienware, das die Kursgestaltung beeinträchtigen konnte, war nicht festzustellen.

Am offenen Geldmarkt hielten sich die Sätze auf ihrer bisherigen Höhe, d. h. auf 8-4 1/2 Prozent und darunter für Tagesgeld, 5-6 1/2 Prozent für Monatsgeld und etwa 4 1/2 Prozent für Warenwechsel mit Großbank giro. Größere Beträge an kurzfristigen Mitteln konnten nicht untergebracht werden, so daß nach Devolen eine erhebliche Nachfrage herrscht.

Diskonthorabsetzung in Oesterreich.

Wien, 17. Januar. Die Nationalbank setzte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 auf 6 1/2 Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß um 1/2 Prozent.